

**Von der politischen Opposition zum Widerstand:
Der Goerdeler-Kreis**

Carl Goerdeler, 1884 geboren, entstammte einer traditionsreichen preußischen Beamtenfamilie. Nach dem Studium der Rechte trat er in den Kommunaldienst und wurde 1930 Oberbürgermeister von Leipzig. Sein Ruf als hervorragender Verwaltungsfachmann und Organisator drang weit über Leipzig hinaus, mehrmals war er als Kandidat für das Amt des Reichskanzlers im Gespräch. Im Dezember 1931 wurde er als Reichspreiskommissar berufen. Anders als bei seinem Kollegen Konrad Adenauer, dessen Amtszeit als Kölner Oberbürgermeister mit dem nationalsozialistischen Machtbeginn jäh endete, musste Goerdeler als national-konservativ gesinnter Politiker den Leipziger Oberbürgermeisterstuhl nicht verlassen. Im Januar 1934 wurde er auch wieder zum Preiskommissar ernannt, obwohl er keine Zugeständnisse an die neue Reichsregierung gemacht hatte und auch nicht der NSDAP beigetreten war.

Goerdeler geriet jedoch bald in Gegensatz zur nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Er missbilligte die unseriöse Kreditschöpfung des Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht, mit der die Aufrüstung finanziert wurde, und er kritisierte die antijüdische Politik des «Dritten Reiches» wegen ihrer negativen Wirkungen für das deutsche Ansehen im Ausland. In zwei Gutachten zur Finanzlage, die Hitler 1935 und 1936 bei Goerdeler in Auftrag gegeben hatte, verhehlte er diese Überzeu-

gung nicht. Aus der kritischen Einstellung des Leipziger Oberbürgermeisters wurde offener Protest, als die Nationalsozialisten im November 1936 die Entfernung des Denkmals für den Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy in Leipzig erzwangen, weil er Jude gewesen war. Am 1. April 1937 trat Goerdeler, 52-jährig, zurück.

Goerdelers oppositionelle Einstellung war aber noch keine Widerstandshaltung, die auf die Beseitigung der Hitlerregierung zielte. Mit manchen außen- und wehrpolitischen Bestrebungen des NS-Regimes stimmte Goerdeler – wie viele Konservative – überein. Auch wenn sie die Methoden der Nationalsozialisten missbilligten, so gehörten die Überwindung des Versailler Vertrages und die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1914 zu den gemeinsamen Zielen. Vom Stuttgarter Industriellen Robert Bosch mit einem Beratervertrag ausgestattet, unternahm Goerdeler mit Wissen und Zustimmung von Hermann Göring (der als «Beauftragter für den Vierjahresplan» eine zentrale Rolle in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik spielte) in den Jahren nach seinem Rücktritt ausgedehnte «Geschäftsreisen» auch ins Ausland. Als deren Folge warnte er wiederholt Göring vor einer Unterschätzung Frankreichs und Großbritanniens durch die deutsche außenpolitische Führung. Gleichzeitig machte er auf den negativen Eindruck aufmerksam, den die nationalsozialistische Kirchenpolitik und die Judenverfolgung im Ausland zur Folge hatten. Der eigentliche Zweck der Reisen Goerdelers bestand darin, im Ausland Sympathien und Verständnis für oppositionelle Haltungen gegenüber der Reichsregierung zu wecken und zu fördern.

Treffpunkt von Kritikern und Gegnern der Nationalsozialisten wurde die Berliner Mittwochsgesellschaft, ein traditionsreicher Zirkel von liberalen und konservativen Persönlichkeiten der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, der seit 1863 jeden zweiten Mittwoch zur «wissenschaftlichen Unterhaltung» zusammenkam. Hier fand Goerdeler gedankliche Übereinstimmung in der Kritik an Hitler mit dem Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, mit dem deutschen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, dem preußischen Finanzminister Johannes

Popitz, dem Wirtschaftswissenschaftler Jens Jessen und anderen. Einig waren sich diese Männer darin, dass der Krieg, den Hitler offen anstrebte, verhängnisvoll für Deutschland sein würde. Generaloberst Ludwig Beck versuchte bis zum Sommer 1938 mit Denkschriften und Vorträgen über das Risiko eines Krieges für Deutschland auf Hitler einzuwirken. Als er erkannte, wie wenig Rückhalt er unter hohen Offizieren mit seinen Warnungen fand, bat er am 18. August 1938 um seinen Abschied als Chef des Generalstabs des Heeres.

Mit seinen weitreichenden Verbindungen zu Oppositionellen in ganz Deutschland wurde Goerdeler Mittelpunkt eines Widerstandskreises, der sich in verschiedenen Richtungen erweiterte und über Ludwig Beck eng mit der Militäropposition verbunden war. Nach Kriegsbeginn im Herbst 1939 fanden Gewerkschafter wie Jakob Kaiser (1949–1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen) und der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner (er war bis 1933 hessischer Innenminister gewesen) zum Goerdeler-Kreis. Die Industriellen Robert Bosch und Paul Reusch sympathisierten mit den Plänen des Goerdeler-Kreises, das Netz der Gleichgesinnten – überwiegend Männer des konservativen und national-liberalen Bürgertums und christliche Politiker – dehnte sich aus.

Die Aktivitäten des Goerdeler-Kreises gingen in zwei Richtungen. Zum einen drängte Goerdeler, inzwischen zum entschiedenen Gegner des NS-Regimes geworden, zum Staatsstreich, zum Sturz Hitlers durch das Militär, um die Ausweitung des Krieges zu verhindern. Zum anderen arbeitete er an Entwürfen für eine Staats- und Gesellschaftsordnung, deren Grundlage Rechtsstaatlichkeit, Moral, bürgerlicher Anstand und die christliche Weltanschauung sein sollten. Die Vorstellungen des Goerdeler-Kreises waren stärker von autoritären Zügen geprägt als von demokratischen, ganz unübersehbar waren nationalkonservative Sehnsüchte, die sich an dem von Bismarck geprägten Deutschen Kaiserreich orientierten.

Die von Carl Goerdeler Ende 1941 verfasste und von Ludwig Beck mitverantwortete Denkschrift «Das Ziel» gehört wie die «Grundsätze für die Neuordnung» aus dem Kreisauer Kreis zu

den wichtigsten Verfassungsentwürfen des Widerstands. Aus der Entstehungszeit (es war die Zeit der größten militärischen Erfolge Hitlers) erklärte sich die Annahme, das Deutsche Reich werde in seinen territorialen Grenzen von 1938 (unter Einschluss Österreichs, des Elsass, des Sudetenlands und polnischer Gebiete) fortbestehen können.

Die politische Haltung des Goerdeler-Kreises zeigte sich in dieser Denkschrift am besten. Bezeichnend sind die Aussagen zum Wahlrecht, zum Reichsaufbau von unten nach oben, zum Selbstverwaltungsgedanken und zur beherrschenden Stellung des Reichskanzlers. Die Volksvertretung erscheint unter den verfassungsmäßigen Institutionen an letzter Stelle, quasi als Anhängsel der Reichsregierung. Dem indirekt gewählten Reichstag sollte ein nichtgewähltes Reichsständehaus (aus Vertretern von Berufsgruppen, Hochschulen und vom «Staatsführer» Berufenen) gleichberechtigt zur Seite stehen. Bei der Aufzählung der notwendigen Minister erscheint der Wehrminister an erster Stelle. Ein Arbeitsministerium wurde bewusst abgelehnt, weil sich alle Ressorts in gleicher Weise für diesen wichtigsten Bereich sozialen Lebens engagieren sollten. («Die Einrichtung eines besonderen Arbeitsministeriums vermindert die entscheidende Verantwortung, die jeder Minister als erste gerade auf dem Gebiet der Arbeit hat.»)

Patriarchalische Züge mischen sich in der Konzeption Goerdelers und Becks mit moralisch-aufklärerischen Forderungen. Verantwortungsgefühl und das «Vertrauen anständiger Männer untereinander» waren den Verfassern der Denkschrift wichtigere Werte als demokratische Kategorien der Mitwirkung und Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft. «Der diktatorische oder tyrannische Führerstaat» schien ihnen «ebenso unmöglich wie der entfesselte überdemokratische Parlamentarismus». Als Staatsspitze wurden Möglichkeiten wie Erbkaiser, Wahlkaiser oder auf Zeit gewählter «Reichsführer» erwogen, mit einer deutlichen Vorliebe für die Erbmonarchie. Von einer parlamentarischen Demokratie war das Staatsmodell Goerdelers und Becks mit einem gegenüber dem gewählten Parlament gleichberechtigten «Ständehaus» und einer vom Parlament nicht kon-

trollierten Exekutive weit entfernt. Diese Verfassung wäre sogar gegenüber dem Kaiserreich ein Rückschritt gewesen.

Im Winter 1941/42 konkretisierten sich die Pläne dahin, dass nach dem gewaltsamen Sturz Hitlers zunächst ein Direktorium die Regierungsgewalt ausüben sollte: Generaloberst Beck als Staatsoberhaupt («Reichsführer»), Goerdeler als Reichskanzler und Generalfeldmarschall von Witzleben als Oberbefehlshaber des Heeres. Ministerlisten wurden ausgearbeitet, die später der Gestapo in die Hände fielen, für viele mit tödlichen Folgen. Ein Regierungsprogramm entstand im Sommer 1944 in der Erwartung des bevorstehenden Staatsstreichs. Dazu bedurfte es langer Verhandlungen und immer neuen Einwirkens auf die Militäropposition. 1942 versuchte Goerdeler, einen hochrangigen und populären Truppenbefehlshaber für den Widerstand zu gewinnen. Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben kam nicht mehr in Frage, als er im Februar 1942 von Hitler als Oberbefehlshaber West abgelöst wurde. Im Spätherbst 1942 versuchte Goerdeler vergeblich, den Chef der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront, den Generalfeldmarschall Kluge, auf die Seite der Opposition zu ziehen. Weil sich die populären Frontkämpfer wie auch der «Wüstenfuchs», Generalfeldmarschall Erwin Rommel, versagten, blieben nur die Offiziere in Positionen des Ersatzheeres, vor allem in Berliner Dienststellen, die den Staatsstreich militärisch durchsetzen konnten. Wichtigster Ansprechpartner war General Friedrich Olbricht, der Chef des Allgemeinen Heeresamtes.

Je mehr Zeit verstrich und je mehr Attentatspläne der Militäropposition misslangen, je mehr sich die militärische Lage für Deutschland verschlechterte, desto deutlicher wurde, dass der Staatsstreich nicht mehr der politischen Erneuerung, sondern nur noch der Beendigung des Krieges dienen konnte. Er hatte zudem das Ziel, der Welt ein Zeichen zu setzen, dass es Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegeben hatte. Eine Regierung Goerdeler/Beck, die nach der Beseitigung Hitlers amtieren sollte, hätte nicht viel mehr tun können, als einen Waffenstillstand ohne Bedingungen zu schließen.

Schon vor dem 20. Juli 1944, an dem das Attentat auf Hitler

stattfand, geriet Goerdeler unter Verdacht der Gestapo und tauchte unter. Nach einer Denunziation wurde er entdeckt und am 12. August 1944 verhaftet. Am 8. September 1944 zum Tode verurteilt, wurde er nach vielen Verhören am 2. Februar 1945 im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet. Sein Schicksal teilten Johannes Popitz und der konservative Großgrundbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin, der katholische Zentrumspolitiker und frühere Staatspräsident Württembergs Eugen Bolz, der Diplomat Ulrich von Hassell, der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg und viele andere.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de